

einer lokalen Umweltorganisation Sotschecks Beitrag zufolge. Seit 2010 seien mehr als 1.200 radioaktive Teile an den Stränden der Grafschaft Cumbria gefunden worden. Die weitere Benutzung des Lagers sei wegen der Gefahr eines steigenden Meeresspiegels unethisch und äußerst gefährlich für künftige Generationen.

Das 110 Hektar große Lager Drigg liegt lediglich fünf bis zwanzig Meter über dem Meeresspiegel und wird von einem Konsortium bestehend aus der US-Firma URS, dem französischen Staatsunternehmen Areva und der schwedischen Atomfirma Studsvik betrieben. Diese wollen dort in den nächsten hundert Jahren weitere 800.000 Kubikmeter Atom Müll lagern, berichtet Sotscheck.

Die Betreiber von Drigg behaupten, sie hätten die erlaubten Radioaktivitätsmengen für den Müll eingeschränkt, so dass die Strahlendosis für Menschen „sehr gering“ sein werde, falls die Küstenerosion den Müll freilegen sollte. Außerdem werde die Strahlung dann weitgehend nachgelassen haben.

<http://www.taz.de/Altlasten-in-Sellafield/!137217/> ●

Atomwirtschaft

Eon fordert nun auch Schadenersatz

RWE hat mit seiner Klage gegen das Atom-Moratorium 2011 für das Kraftwerk Biblis Recht bekommen. Nun fordert auch Deutschlands größter Energiekonzern Eon Schadenersatz für die Zwangsschaltung seiner Atomkraftwerke Unterweser und Isar 1 nach der Fukushima-Katastrophe 2011. Die Größenordnung liege bei etwa 250 Millionen Euro, bestätigte ein Eon-Sprecher am 15. April

2014 einen Bericht der „Rheinischen Post“ vom selben Tag. Die Entschädigungen seien gegenüber den Ländern Niedersachsen und Bayern sowie dem Bundesumweltministerium geltend gemacht worden. Wenn die staatlichen Stellen sich weigerten, werde Eon den Rechtsweg einschlagen, sagte der Sprecher.

Nach dem Reaktorunglück im japanischen Fukushima 2011 waren die ältesten Kernkraftwerke in Deutschland binnen weniger Tage auf Betreiben des Bundes stillgelegt worden. Eon-Konkurrent RWE hatte sich mit einer Klage gegen die Stilllegung seines Atomkraftwerkes in Biblis (Hessen) im März 2011 letztinstanzlich durchgesetzt: Das Bundesverwaltungsgericht entschied im Januar 2014, dass die Abschaltung rechtswidrig gewesen sei. RWE steht damit der Weg einer Zivilklage gegen Hessen offen. Der mögliche Schadenersatz wird auf rund 200 Millionen Euro geschätzt.

Eon habe diesen Weg zunächst nicht gehen wollen, um nach Fukushima in die ohnehin angeheizte Debatte nicht noch Öl zu gießen, sagte ein Eon-Sprecher. Nachdem hohe Gerichte signalisiert hätten, dass es einen Forderungsanspruch gebe, müsse der Konzern aber schon im Interesse der Aktionäre handeln. Damit könnten die großen Atomkonzerne möglicherweise erneut von hohen Rückerstattungen wegen staatlicher Eingriffe in die Atomwirtschaft profitieren.

Am 14. April 2014 hatte das Finanzgericht Hamburg den Betreibern von Atomkraftwerken die Rückerstattung von insgesamt 2,2 Milliarden Euro Brennelementesteuer zugesprochen. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig, aber die Versorger bekommen vorläufig ihr Geld zurück. ●

Atomwirtschaft

Taiwan läßt zwei neue Reaktoren nicht ans Netz

Die Katastrophe von Fukushima Daiichi hat auch die Anti-AKW-Bewegung in anderen Ländern der Region vorangebracht. Am 27. April 2014 verkündete der taiwanische Premierminister, zwei Siedewasserreaktoren des Typs General Electric/Hitachi Advanced Boiling Reactor würden im Kraftwerk Lungmen im Norden der Insel vorläufig nicht in Betrieb genommen. Der Bau des Kraftwerks hatte 1999 begonnen, die Inbetriebnahme war für 2006 vorgesehen. Der eine Reaktor ist fertiggestellt, aber noch nicht beladen und soll nun „versiegelt“ werden, der zweite wird vorläufig nicht weitergebaut. Das Kraftwerk wäre das vierte auf der dicht besiedelten Insel gewesen.

In den letzten Jahren gab es mehrere Großdemonstrationen gegen Atomkraft mit bis zu zweihunderttausend Teilnehmern. In den Tagen vor der Erklärung des Premierministers hatten mehrere zehntausend Demonstranten eine Zufahrtsstraße zum Hauptbahnhof der Hauptstadt Taipei mit einem Sitzstreik blockiert. Ein führender Politiker der parlamentarischen Opposition war in den Hungerstreik getreten. „Noch nie hat sich das Volk von Taiwan so entschlossen gezeigt wie in den letzten zwei Wochen. Ich bin bewegt und voller Bewunderung und bedanke mich bei allen. Die Gegner der Atomkraft sollten jetzt einen Schritt nach vorn tun und sicherstellen, daß auch der Zeitplan für die Schließung der Kraftwerke Eins, Zwei und Drei eingehalten wird,“ sagte Lin Yi-hsiung nach Beendigung seines Hungerstreiks am 30. April 2014.

Taiwan liegt auf dem Pazifi-

schen Feuerring. Erst 1999 hatte ein starkes Erdbeben die Insel erschüttert und etwa 2.400 Menschen das Leben gekostet. Bereits die sechs Reaktoren in Betrieb stellen, so ein Bericht des taiwanesischen Rates zum Schutz natürlicher Ressourcen, wegen der Erdbeben- und Tsunamigefahr und der dicht besiedelten Umgebung extrem hohe Risiken für einen Unfall mit verheerenden Konsequenzen dar.

Das Atommüllproblem ist auch auf Taiwan nicht gelöst, die abgebrannten Brennstäbe werden auf dem Gelände der drei in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Abklingbecken gelagert. Zur Zeit sollen das 16.617 Brennelemente sein. Die Abklingbecken haben nicht die Kapazität, die für die gesamte Laufzeit von 40 Jahren benötigt würde. Lager für die Trockenlagerung in Castoren oder für schwachradioaktive Abfälle gibt es auf Taiwan nicht, denn die dafür vorgesehenen Gemeinden hatten sich geweigert, die erforderlichen Referenden durchzuführen.

Verschiedene Pläne, den radioaktiven Müll zu exportieren oder in Frankreich wiederaufarbeiten zu lassen, sind bisher im Sande verlaufen.

Die taiwanische Regierung hat ein Referendum vorschlagen, um zu klären, wie es mit dem vorläufig außer Betrieb gestellten Kraftwerk weitergehen soll. Bisherige Referenden zu anderen Fragen sind stets an der mangelnden Beteiligung der Wahlberechtigten gescheitert. Daher verlangt die parlamentarische Opposition, entweder das Quorum herabzusetzen, oder das Kraftwerk Lungmen ohne Referendum wieder abzureißen.

WISE Nuclear Monitor No 786 vom 16. Mai 2014. ●